

# PLENUM 2019



## In dieser Ausgabe:

**THEMA DER WOCHE:**

Das Jahr geht zu Ende

**MARTIN BURKERT:**

Verkehrspolitischer Jahresrückblick

**CARSTEN TRÄGER:**

Wir bekämpfen internationale Steuervermeidung

**GABRIELA HEINRICH:**

Menschenrechte werden nicht am Werkstor abgegeben

**MARTINA STAMM-FIBICH:**

Entlastung für Betriebsrentner



Das Jahr 2019 geht zu Ende.

Gleichzeitig naht auch der Abschied von Martin Burkert aus dem Deutschen Bundestag. Seit 2005 ist er Abgeordneter für den Wahlkreis Nürnberg-Süd und Schwabach. Mit seiner Wahl zum stellvertretenden Vorsitzenden der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) schließt sich ein Kreis, der im Jahr 1990 begonnen hat.

Damals startete Martin Burkert seine Karriere als Gewerkschaftssekretär bei der EVG. Mit dem Entschluss, sich nun wieder vollständig auf die Gewerkschaftsarbeit zu konzentrieren, bleibt er seinem Herzensthema treu. Denn auch während seiner Zeit als Abgeordneter schlug sein Herz immer auch für die Bahn und für den Verkehrsbereich.

Wir sagen an dieser Stelle herzlich Danke für die Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren und wünschen Martin Burkert alles Gute für seine Tätigkeit als stellvertretender Vorsitzender der EVG.

Wir verabschieden uns mit diesem Newsletter 2019 in die Weihnachtszeit. Am 20. Dezember endete die letzte Sitzungswoche dieses spannenden Jahres. Wir haben viel erlebt, große Debatten geführt und wir haben sogar eine Einigung zur Grundrente gefunden. Spannend wird es auch im neuen Jahr weitergehen. Wir gehen voller Zuversicht in dieses neue Jahr.

Und wünschen an dieser Stelle geruhsame, entspannte und friedliche Weihnachtsfeiertage und für das Jahr 2020 alles Gute.

Ihre

**Martina Stamm- Fibich**

**Gabriela Heinrich**

**Martin Burkert**

**Carsten Träger**



Martin Burkert | Wahlkreis Nürnberg Süd und Schwabach

✉ [martin.burkert@bundestag.de](mailto:martin.burkert@bundestag.de)

☎ 030 - 227 733 63

🌐 [www.martin-burkert.de](http://www.martin-burkert.de)

📘 [facebook.com/burkertmartin](https://www.facebook.com/burkertmartin)

**SPD**

Zeit für mehr  
Gerechtigkeit.

# Verkehrspolitischer Jahresrückblick

2019 war ein turbulentes Jahr – auch aus verkehrspolitischer Sicht: Die Pkw-Maut hat sich zu einem Desaster ausgewachsen, die Regierungskoalition hat der Bahnpolitik höchste Priorität zugesprochen und dies mit dem Klimapaket untermauert.

Ein großes verkehrspolitisches Thema – oder eher ein verkehrspolitisches Desaster – war die Pkw-Maut. Zuerst hat der EuGH im Juni festgestellt: Die deutsche Pkw-Maut ist nicht mit EU-Recht vereinbar, weil sie Fahrzeughalter aus dem Ausland diskriminiert. Dann traten nach und nach die Fehler des Verkehrsministers zu Tage, der – entgegen aller Warnungen – zu früh die Verträge unterschrieben hat, sodass Deutschland horrenden Schadensersatzforderungen drohen. Seit einigen Wochen befasst sich nun auch ein Untersuchungsausschuss mit der Thematik.

„Der Schiene höchste Priorität einräumen“ – so lautet der Titel eines gemeinsamen Antrags von Union und SPD, den ich als zuständiger Berichtserstatter intensiv mitgestaltet habe und der im Juni vom Deutschen Bundestag verabschiedet wurde. Unter anderem verdeutlicht er noch einmal unser großes Ziel, die Zahl der Bahnfahrpassagiere bis zum Jahr 2030 zu verdoppeln und mehr Güterverkehr auf die umweltfreundliche Schiene zu verlagern.

Im September hat die SPD-Bundestagsfraktion ein Positionspapier zu den Fluggastrechten verabschiedet.



Martin Burkert, MdB, ist im Verkehrsausschuss Berichtserstatter für Schienenpolitik.

Im Mittelpunkt des Papiers stehen wirksame Maßnahmen zum Schutz der Kundinnen und Kunden bei Insolvenzen von Fluggesellschaften.

Im November haben wir das Klimaschutzgesetz auf den Weg gebracht. Mit dem Klimaschutzgesetz gibt es in Deutschland erstmals eine gesetzliche Grundlage zur Einhaltung des Pariser Klimaschutzabkommens. Insgesamt sind 50 Milliarden Euro für die entsprechenden Maßnahmen vorgesehen. Im Bereich Verkehr bedeutet

das zum Beispiel mehr Geld für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und die Fahrradinfrastruktur sowie günstigere Bahntickets durch die Senkung der Mehrwertsteuer.

In diesem Jahr haben wir in der SPD-Bundestagsfraktion auch ein Positionspapier zur Entwicklung einer nationalen Tourismusstrategie verabschiedet. Darin zeigen wir konkrete Maßnahmen auf, die den Tourismus in Deutschland stärken – vor allem auch im Bereich Verkehr.



Carsten Träger | Wahlkreis Fürth

✉ [carsten.traeger@bundestag.de](mailto:carsten.traeger@bundestag.de)

☎ 030 - 227 778 01

🌐 [www.carsten-traeger.de](http://www.carsten-traeger.de)

📘 [facebook.com/carstentraegermdb](https://facebook.com/carstentraegermdb)

**SPD**

Zeit für mehr  
Gerechtigkeit.

# Wir bekämpfen internationale Steuervermeidung

Ein solidarisches Land mit sozialer Sicherheit, guter Infrastruktur und Investitionen in die Zukunft ist auf ein gerechtes Steuersystem angewiesen. Daran müssen sich alle beteiligen. Deshalb bekämpfen wir Steuervermeidung per Gesetz.

## Enorme Schäden durch Steuervermeidung

Durch „Steuroptimierung“ und „grenzüberschreitende Steuergestaltung“ gehen dem Bund, den Ländern und anderen EU-Mitgliedstaaten jährlich beträchtliche Steuereinnahmen verloren, die dringend gebraucht werden, zum Beispiel für Investitionen in eine moderne Verkehrsinfrastruktur, in das Bildungssystem oder auch unsere Sozialsysteme. Die „Panama Papers“ waren nur der letzte Beweis dafür. Allein durch Steuervermeidung internationaler Konzerne entsteht den Staaten der EU geschätzt ein Schaden von 50 bis 190 Milliarden Euro jährlich.

## Der Steuergestaltung einen Riegel vorschieben

Mit dem letzte Woche beschlossenen Gesetz zur Einführung einer Pflicht zur Mitteilung grenzüberschreitender Steuergestaltungen schieben wir dieser Art der Steuergestaltung, die im Graubereich der Illegalität Schlupflöcher und Regelungslücken für unlautere Zwecke ausnutzt, einen Riegel vor. Einkommensstarke, Vermögende und Unternehmen dürfen sich nicht durch raffiniert ausgedachte Steuergestaltungsmodelle ihrer Mitverantwortung für ein solide finanziertes Gemeinwesen entziehen.

## Ein Frühwarnsystem gegen Steuertrickser und Steuervermeider

Mit dem neuen Gesetz haben wir beschlossen, ein Frühwarnsystem gegen Steuertrickser und Steuervermeider zu etablieren. Denn zunächst brauchen wir präzise Informationen über die Methoden und Praktiken der Steuervermeidung.

Kern des Gesetzes ist die Einführung einer Meldepflicht für grenzüber-

Schließung von Steuerlücken und von Steuerschlupflöchern abstimmen.

## Klare Kante gegen Steuerbetrug

Neben der neu beschlossenen Mitteilungspflicht kümmern wir uns auch um die Durchsetzung der Steuergerechtigkeit: Wir haben die Personalausstattung des Zolls gestärkt, um Steuer- und Sozialversicherungsbetrug zu bekämpfen, und Finanzminister Olaf Scholz wird eine ergänzende Task-



schreitende Steuergestaltungen. Die Finanzbehörden der EU-Mitgliedstaaten können sich dank des beschlossenen Gesetzes zukünftig gegenseitig über unerwünschte Steuerumgehungen informieren und wirksame Schritte zur

force des Ministeriums für den Kampf gegen Steuergestaltungsmodelle einrichten. Wir brauchen ein gerechtes Steuersystem, zu dem alle ihren fairen Beitrag leisten – dafür kämpfen wir auf allen Ebenen weiter.



Gabriela Heinrich | Wahlkreis Nürnberg Nord

✉ [gabriela.heinrich@bundestag.de](mailto:gabriela.heinrich@bundestag.de)

☎ 030 - 227 758 44

🌐 [www.gabriela-heinrich.de](http://www.gabriela-heinrich.de)

📘 [facebook.com/heinrichgabriela](https://www.facebook.com/heinrichgabriela)

**SPD**

Zeit für mehr  
Gerechtigkeit.

# Menschenrechte werden nicht am Werkstor abgegeben

Mit der Initiative für ein Lieferkettengesetz setzen wir ein wichtiges Zeichen für Unternehmer. Mit freiwilliger Selbstverpflichtung funktioniert es nicht.

Neben dem Menschenrechtsbericht der Bundesregierung beschäftigt mich vor allem die erfreuliche Initiative des Arbeitsministers, ein Lieferkettengesetz voranzubringen. Es war überfällig, die deutschen Unternehmen zu verpflichten, entlang ihrer Lieferketten mehr auf die Menschenrechte zu achten!

Der 13. Menschenrechtsbericht der Bundesregierung gibt einen Überblick über die Menschenrechtssituation weltweit, über das internationale Menschenrechtsschutzsystem und über die deutsche Menschenrechtspolitik.

Zu begrüßen ist, dass die Bundesregierung die Menschenrechte als Querschnittsaufgabe für ihr gesamtes Handeln bekräftigt. Ansonsten zeichnet der Bericht ein düsteres Bild der Welt: Die Zivilgesellschaft wird weiter eingeschränkt, Meinungs-, Presse- und Religionsfreiheit stehen weiter unter Druck. Menschen werden willkürlich verhaftet, gefoltert oder verschwinden einfach. Das alles bleibt auch viel zu oft straflos.

Viele der Menschenrechtsverletzungen begehen Regierungen oder deren Behörden. Einen nicht zu unterschätzenden Teil aber haben Konzerne auf dem Kerbholz: Kinderarbeit, Hungerlöhne, menschenunwürdige



Veranstaltung zum Thema "Gewaltsames Verschwindenlassen" mit Dr. Marit Cremer (MEMORIAL), Dr. Silke Voss-Kyeck (Dt. Institut für Menschenrechte), Dr. Rainer Huhle (Nürnberger Menschenrechtszentrum) und Frank Schwabe (menschenrechtspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion).

Arbeitsbedingungen sind die unguuten Klassiker. Aber es gibt auch Fälle von gewaltsamem Verschwindenlassen. Zum Beispiel verschwinden manchmal Menschenrechtsverteidiger\_innen indigender Völker spurlos, nachdem sie sich gegen die Vertreibung ihres Volkes durch wirtschaftliche Interessen – zum Beispiel Rohstoffabbau – gewehrt haben.

Wir müssen hier ehrlich zu uns selber sein. Diese Taten werden auch deshalb begangen, damit billige Produkte in den Regalen unserer Geschäfte liegen. Die Initiative von Hubertus Heil für ein Lieferkettengesetz ist genau

das richtige Signal zur richtigen Zeit. Unternehmen müssen verpflichtet werden, ihre Lieferketten genau anzuschauen: Wo werden Menschenrechte verletzt? Was können wir dagegen tun? Wir mussten feststellen, dass wir mit freiwilligen Selbstverpflichtungen der Unternehmen nicht weiterkommen.

Die Ehrlichen waren die Dummen, weil Sorgfaltspflichten natürlich Geld kosten. Damit dürfte es jetzt bald vorbei sein, und für alle Firmen gelten die gleichen Bedingungen. Per Gesetz. Hungerlöhne und Kinderarbeit dürfen kein Wettbewerbsvorteil sein.



# Entlastung für Betriebsrentner

Bundestag verabschiedet das GKV-Betriebsrentenfreibetragsgesetz.

Am 12. Dezember hat der Deutsche Bundestag in 2./3. Lesung über das GKV-Betriebsrentenfreibetragsgesetz abgestimmt. Es ist ein Kompromiss. Nicht alle Forderungen, die von den betroffenen Rentnerinnen und Rentnern an uns gestellt wurden, konnten wir umsetzen. Aber wir haben wesentliche Verbesserungen geschaffen.

## Was ist in Zukunft anders?

Statt einer Freigrenze gilt künftig ein Freibetrag. Die aktuelle Freigrenze beträgt 155,75 Euro. Ab dieser Grenze müssen Betriebsrentner aktuell den vollen Krankenkassenbeitrag zahlen, also den Arbeitgeber- und den Arbeitnehmeranteil. Unterhalb dieser Grenze fallen keine Beiträge an. Liegt die Betriebsrente aber nur einen Euro über dieser Freigrenze, zahlen Betroffene aktuell auf die gesamte Summe Beiträge.

In Zukunft gilt ein Freibetrag in Höhe von 159,25 Euro. Dieser Freibetrag bleibt immer frei von Krankenversicherungsbeiträgen. Wer eine Betriebsrente bekommt, die über 159,25 Euro liegt, zahlt nur auf den darüber liegenden Betrag GKV-Beiträge. Damit entlasten wir Betriebsrentner künftig um rund 300 Euro jährlich. Das bedeutet, dass mindestens 60 Prozent der Betriebsrentner dann nur den halben Beitragssatz zur Krankenversicherung zahlen. Der Rest der Betriebsrentner wird spürbar entlastet.

## Gilt diese Regelung auch für Einmalzahlungen?

Diese Regelung gilt auch für Einmalzahlungen aus Direktversicherungen. Hier werden die Krankenkassenbeiträge, die auf zehn Jahre berechnet werden, durch den Freibetrag künftig um rund 3000 Euro gesenkt, also 300 Euro monatlich. Auch Betriebsrentner, die ihre Einmalzahlung bereits erhalten haben, profitieren für die Restlaufzeit ihrer Beitragspflicht von dem neuen Freibetrag.

## Wie wird die Regelung finanziert?

Betriebsrentner werden jährlich um mindestens 1,2 Milliarden Euro entlastet. Das bedeutet 1,2 Milliarden Euro Mindereinnahmen der GKV. Im ersten Jahr werden diese Mindereinnahmen automatisch und in vollem Umfang aus Mitteln des Gesundheitsfonds getragen. Auch in den Jahren 2021 bis 2023 werden – dann abnehmende – Beiträge aus dem Gesundheitsfonds entnommen. Erst ab 2024 müssen die Krankenkassen die Beitragsausfälle in voller Höhe tragen. Eine höhere finanzielle Entlastung – wie von vielen gefordert – würde den Druck auf die Krankenkassen enorm erhöhen und über kurz oder lang zu deutlich höheren Zusatzbeiträgen führen. Das Ergebnis ist ein Kompromiss, der Betroffene entlastet, die Versicherungsgemeinschaft aber nicht überfordert.

## Keine Entlastung für freiwillig Versicherte

Die Regelung gilt nur für Pflichtversicherte. Freiwillig in der GKV Versicherte sind von der Regelung nicht betroffen. Das ist auch für mich kei-

ne befriedigende Lösung. Aber: Jede Stellschraube, die wir im vorhandenen System drehen, begünstigt eine Gruppe und benachteiligt eine andere. Wirkliche Gerechtigkeit wird es nur in einem Systemwechsel geben. Und das bedeutet für uns Sozialdemokraten die Einführung der Bürgerversicherung.

## Die Neuregelung auf einen Blick

- » Ab 1.1.2020 gilt für Betriebsrenten ein Freibetrag statt einer Freigrenze.
- » Der Freibetrag beträgt 159,25 Euro.
- » Das heißt: 159,25 Euro sind beitragsfrei.
- » Wer eine Betriebsrente von mehr als 159,25 Euro erhält, wird um 300 Euro im Jahr entlastet.
- » Es profitieren Betriebsrentner, die in der gesetzlichen Krankenversicherung pflichtversichert sind.
- » Auch wer die Rente in einem Einmalbetrag ausgezahlt bekommt, profitiert.

## Ein Beispiel:

### Betriebsrente in Höhe von 400 Euro im Monat

- » Aktuelle Regelung mit Freigrenze: Es müssen auf 400 Euro Beiträge gezahlt werden. Bei einem Beitragssatz von 15,5 Prozent sind das 62 Euro..
- » Regelung ab 1.1.2020 mit Freibetrag: Es müssen auf 240,75 Euro (400-159,25) Beiträge gezahlt werden. Bei einem Beitragssatz von 15,5 Prozent sind das 37,32 Euro..